

Poststelle vor dem Aus – trotz vieler Kunden

Die Post schliesst immer mehr Filialen. Mittlerweile schreckt sie nicht einmal davor zurück, eine gut frequentierte Poststelle in Winterthur aufzuheben.

Eine Poststelle nach der anderen schliesst. Zählte man in der Schweiz Anfang 2001 noch 3403 Poststellen, waren es Ende 2013 nur noch 1662. Das heisst: Mehr als die Hälfte wurde innert 13 Jahren geschlossen. Und der Abbau geht weiter. Ende Mai schrieb die Zeitung «Landbote», dass die Poststelle Obertor mitten in der Winterthurer Altstadt Anfang Oktober dichtmacht. Pikant: Diese Post ist



«Unverständlich»: Die Winterthurer Altstadt-Post wird geschlossen

sehr beliebt. Oft müssen Kunden lange anstehen, um an einem der vier Schalter bedient zu werden. Für sie ist der Schliessungsentcheid «unverständlich».

Bisher nannte die Post als Grund für Schliessungen

von Filialen stets die «geringe und sinkende Nutzung». Doch dieses Argument verfängt bei der Winterthurer Altstadt-Post nicht. Das weiss auch Erich Schmid, Mediensprecher bei der Post: «Die Zahl der Kunden

ist nicht entscheidend.» Sinke der Umsatz pro Kunde, werde auch eine Poststelle mit relativ stabilen Frequenzen geschlossen. Ob der Umsatz der Winterthurer Filiale sank, will die Post *saldo* nicht sagen. Sie verweigert auch

die Auskunft darüber, wie hoch der Mindestumsatz pro Kunde sein muss, damit eine Poststelle bestehen bleibt.

Kundenbedürfnisse spielen keine Rolle

Das Winterthurer Beispiel zeigt: Kundenbedürfnisse sind der Post egal. Der Staatsbetrieb entscheidet auch selbst, ob er der Bevölkerung Auskunft gibt. Der Post scheint es in erster Linie darum zu gehen, Kosten zu senken und so höhere Gewinne zu erzielen.

An den sinkenden Umsätzen mancher Filialen ist die Post zum Teil selber schuld: Sie vergrault Kundinnen und Kunden mit unattraktiven Öffnungszeiten, der Streichung von Bareinzahlungen und der Umwandlung der Warteflächen vor den Schaltern in einen Warenladen. *thl*

Günstiger Tram und Bus fahren im Kanton Genf

Die Genfer haben der kantonalen Volksinitiative «Stopp den Preis-erhöhungen im Genfer öV» zugestimmt. Damit unterstehen Preisänderungen neu dem Referendum.

Das gab es noch nie: Zum ersten Mal wird in der Schweiz in einem Gesetz festgeschrieben, wie viel ein Tram- und Busbillett maximal kosten darf. Das haben die Genfer Stimmbürger mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 53,8 Prozent beschlossen – gegen den Willen aller grossen Parteien. Die Unterschriften für die Volksinitiative «Stopp den Preiserhöhungen im Genfer

öV» waren von einer lokalen Rentnerorganisation gesammelt worden.

Nach der erfolgreichen Abstimmung steht fest, dass in den nächsten zwei Monaten die Preise gesenkt werden. Ein Langstreckebillett kostet neu 3 Franken (vorher Fr. 3.50), die Tageskarte 10 Franken (vorher Fr. 10.60). Massiv günstiger wird das Jahresabo für Erwachsene. Es kostet neu



Genfer Tram: Jahresabo kostet 200 Franken weniger

500 statt 700 Franken. Der Preis für ein Kurzstreckebillett bleibt bei 2 Franken. Auch das Monatsabo für Erwachsene kostet wie bisher 70 Franken.

Die Initiative sieht zudem vor, dass künftig das Kantonsparlament über Preisänderungen im öffentlichen Verkehr entscheidet. Damit können die Stimmbürger gegen Preisänderungen das Referendum ergreifen. *bos*



Post: Umgeht mit privaten Pakettransporteuren den Gesamtarbeitsvertrag

Mehr Gewinn, weniger Lohn

Die Post lagert immer mehr Jobs aus. Die Angestellten haben schlechtere Arbeitsbedingungen und Löhne.

Das ist moderne Sklaverei», schimpft Max Bluntschli (Name geändert) aus dem Aargau über seine Arbeitsbedingungen. Als Lastwagenfahrer transportiert er für die Post Pakete von den Postzentren Härkingen SO und Frauenfeld TG zu Verteilstationen wie Ostermündigen. Angestellt ist er aber nicht von der Post, sondern von der Dreier AG in Suhr.

Bluntschli ist seit über 30 Jahren als Lastwagenfahrer unterwegs. So schlechte Arbeitsbedingungen wie jetzt habe er nie erlebt. Eine korrekte Abrechnung über seine Arbeitsstunden hat er

in der Zeit, während der er bei Dreier arbeitet, nie erhalten. Gesetzliche Zeitzuschläge für Nachtfahrten und Überstunden werden ihm nicht gutgeschrieben, Bereitschaftszeit bleibt unbezahlt. Zudem verunmöglichen es ihm die Einsatzpläne praktisch, die Arbeits- und Ruhezeitverordnung einzuhalten. Sein Chef Hans-Peter Dreier will sich dazu nicht äussern.

1000 Franken weniger Lohn für den gleichen Job

Camionneure, die von der Post angestellt sind, haben laut Bluntschli «massiv bessere Arbeitsbedingungen». Bei diesen wache die Post genau darüber, dass die Arbeits- und Ruhezeitverordnung befolgt werde. Touren der Postkollegen seien «weniger streng», die Nachtzulagen viel grosszügiger. Aber die Post habe vor ein paar Jahren Lastwagenfahrer ent-

lassen. Diesen habe Dreier dann neue Jobs angeboten – für bis zu 1000 Franken weniger Lohn pro Monat. Dreier sagt, er wisse nicht, was Postchauffeure verdienen.

Die Post rechtfertigt die Auslagerung von Arbeiten an Private. Dies ermögliche es, «Mengenschwankungen optimal abzudecken und Flexibilität zu gewinnen». Was sie nicht sagt: Mit der Auslagerung spart sie Kosten und steigert den Gewinn. Zum Nachteil der Angestellten – für die Camionneure der Privatunternehmen gilt der Gesamtarbeitsvertrag der Post nicht.

Die Post sagt, dass sie die privaten Transporteure zu branchenüblichen Anstellungsbedingungen und Löhnen verpflichtete. Die Zusammenarbeit mit der Firma Dreier habe bisher keinerlei Grund zur Beanstandung gegeben, so Post-Sprecher Bernhard Bürki. Das sieht die Gewerkschaft Unia an-

«Die Post lagert Arbeiten aus ihrem Kernbereich an Tochtergesellschaften aus, um die postüblichen Löhne und Arbeitsbedingungen umgehen zu können»

Bruno Schmucki,
Gewerkschaft Syndicom

ders: Sie spricht von «einer ganzen Anzahl von Ungeheimheiten» bei Dreier: nicht korrekt abgerechnete Zeitzuschläge, fehlende Stundenabrechnungen oder Verstösse gegen die Arbeits- und Ruhezeitverordnung.

Schlechte Bedingungen auch bei der Tochtergesellschaft Presto

Auf Kosten der Schwächsten spart die Post auch, wenn sie das Leeren von Briefkästen

an ihre Tochtergesellschaft Presto auslagert. Für Presto-Mitarbeitende gilt ein Gesamtarbeitsvertrag mit viel schlechteren Arbeitsbedingungen als für direkt bei der Post angestellte Personen. Ein Post-Betriebsmitarbeiter Logistik, der Briefkästen leert, hat einen Mindeststundenlohn von Fr. 26.10, Anspruch auf 5 Wochen Ferien und 10 Feiertage. Wird die Arbeit durch einen Presto-Mitarbeiter ausgeführt, beträgt der minimale Stundenlohn 21 Franken (inklusive Zuschläge und Anteil 13. Monatslohn). Ferien gibt es nur 4 Wochen, und ein einziger Feiertag jährlich wird entlohnt.

Bruno Schmucki von der Gewerkschaft Syndicom kritisiert: «Die Post lagert Arbeiten aus ihrem Kernbereich an Tochtergesellschaften aus, um die postüblichen Löhne und Arbeitsbedingungen umgehen zu können.» Thomas Lattmann